



Foto: RTL/Stefan Gregorowius

Foto: dpa/Peter Steffen



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 13. Januar 2017

72. Jahrgang/Nr. 11

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Investiert mal!

Kurt Stenger hält den Ruf nach Steuersenkungen für kurzschlüssig

Die Tinte unter der Schlussrechnung für den Bundeshaushalt 2016 war noch nicht trocken, da verteilte die CSU bereits das übrig gebliebene Geld: Der Wirtschaftspolitiker Peter Ramsauer erklärte, natürlich via »Bild«-Zeitung, das Geld gehöre »zurück in die Taschen der Steuerzahler«. Zuvor hatte der Bund der Steuerzahler diesen Ton vorgegeben.

Populistische Kurzschlüsse sind zwar en vogue, doch man sollte nicht auf die Einpeitscher einer ultrakonservativen Wirtschaftspolitik hereinfallen. Deren Botschaft zwischen den Zeilen – der böse Staat zieht den armen Bürgern und Unternehmen das Geld aus der Tasche – verdreht schlicht die Tatsachen: Die überraschend üppigen Steuereinnahmen beweisen, dass mehr Bürger in Arbeit sind, die Einkünfte gestiegen sind und Unternehmen höhere Gewinne machen. Gerade sind Steuersenkungen also unnötig, ganz abgesehen davon, dass mit konjunkturbedingten Einmaleinnahmen dauerhafte Steuersenkungen nicht bezahlt werden können.

Finanzminister Wolfgang Schäuble ist also gut beraten, den Rufen zu widerstehen. Allerdings ist er in seinen eigenen falschen Vorstellungen gefangen. Er möchte die Schwarze Null sichern und daher mit den Zusatzeinnahmen den Schuldenberg leicht verkleinern. Besser wäre es aber, dem absehbaren Abschwung schon jetzt entgegenzuwirken. Wie groß der staatliche Investitionsstau ist, weiß man. Das Geld für Kitausbau, Modernisierung der maroden Infrastruktur oder Flüchtlingsintegration zu verwenden, wäre für alle gut: für Bürger, Wirtschaft und die Konjunktur.

UNTEN LINKS

Heute feiert die Frisbee-Scheibe, die angeblich in der DDR Schwedebedeckel genannt wurde, ihren 60. Geburtstag. Nun soll hier nicht mit den Legenden über die untergegangene Republik aufgeräumt werden – vielmehr geht es um die märchenhafte Geschichte jener Sportart, der inzwischen längst nicht nur am Strand nachgegangen wird. Frisbee geht nämlich auf den Firmennamen »Frisbie Pie Company« zurück, die 1871 vom Bäcker Frisbie in Connecticut gegründet wurde und in der nicht nur Blechkuchen, sondern auch Torten in runden Formen zum Verkauf kamen. Nachdem in den 1940ern Kinder die leergefütterten Formen zum Spielen entdeckt hatten, inspirierte das den Erfinder Morrison, die zunächst überschaubare Segelweite der fliegenden Tortenformen zu verbessern. Die Größe, den – sogar unfreiwilligen – Urheber einer Erfindung namentlich ewig zu ehren, gehört längst der Vergangenheit an. Aber da wären wir wieder bei der DDR. Und über die sollte ja heute hier nicht geschrieben werden. oer

Wohin mit fast 20 Milliarden?

Schäuble will mit Haushaltüberschuss Schulden tilgen, statt zu investieren



Noch ist nicht entschieden, wer von dem staatlichen Überschuss profitieren wird.

Foto: photocase/joexx

Berlin. Im vergangenen Jahr ist die deutsche Wirtschaft mit 1,9 Prozent relativ stark gewachsen. Diese Zahl sagt allerdings nichts darüber aus, wie der Wohlstand verteilt worden ist, betont der Ökonom Philipp Lepenies im nd-Interview. Ein genauerer Blick in die Daten des Statistischen Bundesamts zeigt immerhin, dass die Reallöhne der Beschäftigten – anders als im letzten Jahrzehnt – gestiegen sind, und zwar um 2,2 Prozent pro Arbeitsstunde.

Vom Wachstum profitiert haben auch die staatlichen Haushalte: Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen erzielten im vorigen Jahr einen Überschuss von 19,2 Milli-

arden Euro. Nordrhein-Westfalen kam erstmals seit 1973 ohne neue Kredite aus. Der Bund müsste nach den bislang geltenden Regeln seinen Überschuss von rund sechs Milliarden Euro in einen Topf stecken, in dem Geld für Geflüchtete gesammelt wird. Dort befinden sich aber bereits über zwölf Milliarden Euro, denn bislang wurden die Ausgaben für Geflüchtete ohne Griff in diese Kasse bestritten.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schlug vor, den Überschuss zur Schuldentilgung einzusetzen. Das wäre die schlechteste Lösung, sagte hingegen der Wirtschaftsforscher Gustav Horn dem »nd«. »Am besten wä-

re es, das Geld in die öffentliche Infrastruktur zu investieren, beispielsweise in Verkehrswege, Kitas, Schulen oder die Energiewende.« Auch SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider und Grünen-Haushaltspolitiker Sven-Christian Kindler verlangten mehr Investitionen, etwa in die Bildung. Die Chefin der Linkspartei, Katja Kipping, schlug vor, den Überschuss für kostenlose Mahlzeiten in Schulen und Kitas zu verwenden. Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) forderte dagegen Steuersenkungen: Der Staat solle den Bürgern etwas zurückgeben, sagte er der »Bild«-Zeitung. rt Seite 2

Hauptsache irgendwo anders

Bundesregierung will Flüchtlinge ab März wieder nach Griechenland abschieben

Die EU-Kommission will zurück zum Dublin-System. Doch ist Griechenland überhaupt in der Lage, Flüchtlinge zu versorgen? Die derzeitigen Zustände im Land lassen daran zweifeln.

Von Markus Drescher

Deutsche Politiker trauen sich nur schwer bewacht, mit Helm und Splitterweste bewehrt auf Truppenbesuch nach Afghanistan, schätzen das Land aber als sicher ein. Zumindest sicher genug, dass man Menschen dorthin abschieben kann. Doch um möglichst viele Flüchtlinge abschieben und im Wahlkampfjahr 2017 somit möglichst hohe Zahlen präsentieren zu können, scheinen bei der Bundesregierung alle humanitären Dämme zu brechen. Katastrophale Zustände vor Ort spielen da offenbar keine Rolle mehr.

In Griechenland müssen derzeit tausende Flüchtlinge ohne Heizung in Schnee und Matsch aus-

harren, weil der griechische Staat offenkundig weiterhin mit einer adäquaten Versorgung der Menschen überfordert ist. Im Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos seien bei Schnee und Regen viele Zelte eingebrochen, sagte der Geschäftsführer der deutschen Sektion des Hilfswerks »Ärzte ohne Grenzen«, Florian Westphal, am Donnerstag im WDR-Radio. Viele Menschen seien nun nahezu ungeschützt der Witterung ausgesetzt. Vor allem für Schwangere, Kinder und chronisch Kranke sei die Lage dramatisch. Die griechischen Behörden, aber auch die Europäische Union hätten es versäumt, die Flüchtlingslager rechtzeitig auf den Winter vorzubereiten, kritisierte Westphal.

Trotzdem sollen auch in das kaputtgesparte Land ab Mitte März wieder Flüchtlinge abgeschoben werden. Das Bundesinnenministerium bestätigte am Donnerstag einen entsprechenden Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Zei-

tung«. Demzufolge bat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) darum, die Übernahmesuchen an Griechenland nur noch bis zum 15. März auszusetzen. Er habe das BAMF auch darum gebeten, ihm einen Vorschlag zur Umsetzung der Empfehlung der EU-Kommission zur Rückkehr zum sogenannten Dublin-System zu erstellen, zitierte die »FAZ« aus einem Brief de Maizières an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestags, Ansgar Heveling (CDU).

Die Dublin-Regeln der EU sehen vor, dass Flüchtlinge ihren Asylantrag grundsätzlich in dem Land stellen müssen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten. Wegen des katastrophalen Asylsystems hatte Deutschland Abschiebungen nach Griechenland schon 2011 ausgesetzt.

Dass sich nun die Lage derart zum Besseren gewandt haben sollte, bezweifelt auch der Sprecher

des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Athen. Der »FAZ« sagte er, auf absehbare Zeit werde es nicht viele Rückführungen geben können, da im Winter ohnehin keine Flüchtlinge zurückgeschickt werden könnten und Athen ordentliche Unterbringungsbedingungen und Asylverfahren in angemessener Zeit zusichern müsste. »Beide Bedingungen sind in Griechenland derzeit aber vielfach nicht erfüllt.« Mit Agenturen

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Big Data ist nicht schlecht, nur groß

Spaltungen haben in Europa Tradition

Mathilde Jacob über ihre Freundin Rosa

»Sie nicht, Sie sind Fake News!«

Künftiger US-Präsident Trump lässt auf Pressekonferenz Dampf ab

New York. Eine gute Woche vor Beginn seiner Präsidentschaft hat sich Donald Trump in einen offenen Schlagabtausch mit den US-Medien begeben. Seine Weigerung, eine Frage von CNN-Reporter Jim Acosta anzunehmen, löste eine Diskussion um den Umgang mit Pressefreiheit in Trumps künftiger Regierung aus. CNN hatte zuvor über angebliche Verwicklungen Trumps in Russland berichtet. »Sie nicht, Sie sind Fake News!«, sagte Trump auf die wiederkehrende Bitte des Reporters, eine Frage stellen zu dürfen.

Trump hatte zuvor empört auf unbewiesene Vorwürfe reagiert, Russland besitze belastendes Material gegen ihn und könnte ihn somit in der Hand haben. Die Berichte seien Unsinn, sagte er. »Kranke Leute haben diesen Scheiß zusammengeschrieben.« Der künftige Präsident räumte erstmals ein, dass auch er Russland hinter Hackerangriffen während des Wahlkampfes sieht. Er sei aber auch der Meinung, dass es noch von anderen Ländern Hackerangriffe auf die USA gegeben habe. dpa/nd Seiten 4, 5, 16 und 17

Herbe Rückschläge für die CETA-Gegner

Bundesverfassungsgericht lehnt Eilanträge von Kritikern ab

Karlsruhe. Am Bundesverfassungsgericht sind weitere Eilklagen gegen das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada gescheitert. Die Bundesregierung habe im Gegensatz zur Ansicht der Kläger die Maßgaben des Gerichts bereits umgesetzt, heißt es. Karlsruhe hatte im Oktober die Anwendung des Abkommens unter Auflagen, etwa zur demokratischen Rückbindung des Abkommens, gebilligt. Zudem müssen Bereiche, die nicht in EU-Zuständigkeit fallen, von der vorläufigen Anwendung ausgenommen bleiben.

Das Bundeswirtschaftsministerium zeigte sich erfreut: Mit CETA sei es gelungen, hohe Standards zum Wohle von Verbrauchern und Unternehmen zu realisieren, erklärte ein Sprecher von Minister Sigmar Gabriel (SPD).

Unterdessen stimmte überraschend der Umweltausschuss des EU-Parlaments für CETA. Ursprünglich hatte er eine Ablehnung anvisiert, weil das Vorsorgeprinzip nicht fest genug im Vertrag verankert sei. Kurz vor der Abstimmung waren mehrere Änderungsanträge eingegangen. AFP/nd Seiten 4 und 9

Große Mehrheit für »Ehe für alle«

Studie offenbart Akzeptanz wie Vorbehalte gegenüber Homosexuellen

Berlin. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland spricht sich einer Studie zufolge für die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen aus. Wie aus der am Donnerstag veröffentlichten Untersuchung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hervorgeht, stimmen 83 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Ehen zwischen zwei Männern oder zwei Frauen erlaubt sein sollen. Zudem bezeichnen 95 Prozent es als gut, dass Homosexuelle gesetzlich vor Diskriminierung geschützt sind. Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Christine Lüders, forderte in diesem Zusammenhang eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und die rechtliche Gleichstellung auch bei der Adoption.

Obwohl die Zustimmung für gleichgeschlechtliche Beziehungen in der Bevölkerung hoch ist, gibt es auch ablehnende Haltungen. Der Studie zufolge halten 18 Prozent Homosexualität für »unnatürlich«. Für die Studie wurden rund 2000 Menschen ab 16 Jahren befragt. epd/nd Kommentar Seite 4

